

Seehofer stellt Corona-Kritiker kalt

Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums legt eine wissenschaftlich gestützte Analyse zu den negativen Folgen der Corona-Maßnahmen vor. Das brisante Papier kommt in Regierungskreisen gar nicht gut an.



Jürgen Mladek (/autor/juergen-mladek)

14.05.2020

05:56 Uhr



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte in seiner Antrittsrede ausdrücklich dazu eingeladen, im Dienst die eige

Berlin. Millionen abgesagte oder aufgeschobene Operationen

(<https://www.nordkurier.de/nachrichten/ticker/kliniken-sollen-weniger-intensivbetten-freihalten-3039231504.html>), unterbrochene Therapien, unterlassene Arztbesuche: Das hinterlässt Spuren. Auch in den Sterbestatistiken. Schätzungen von Experten reichen allein in diesem Bereich von 5000 bis 125 000 möglichen vorzeitigen Todesfällen. Auch im Bereich der Pflege wird der Lockdown traurige Spuren in Form von Tausenden vorzeitigen Sterbefällen hinterlassen.

Weitere Dienstausbübung untersagt

Diese und andere negativen Folgen der Corona-Maßnahmen (<http://www.nordkurier.de/themen/coronavirus>) hatte ein Oberregierungsrat im Innenministerium aufgelistet, für seine Analyse arbeitete er mit zehn hochrangigen Medizinern und Wissenschaftlern zusammen.

Als er seine alarmierenden Schlussfolgerungen über diese medizinischen „Kollateralschäden“ dann an die zuständigen Fachministerien der Länder verschickte, geschah etwas Überraschendes: Dem Oberregierungsrat wurde die weitere Dienstausübung untersagt (Nordkurier berichtete (<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/ministeriums-mitarbeiter-meldete-intern-frueh-zweifel-an-und-wurde>)).

Begründung: Er habe ohne Auftrag, also als Privatperson, gehandelt und dennoch für seine diversen Schreiben den Briefkopf des Innenministeriums benutzt.

Für unbequeme Wahrheit bestraft?

Nur: Der Mitarbeiter hatte sehr wohl mit Vorgesetzten darüber gesprochen, dass er Risiken und Nebenwirkungen der Corona-Einschränkungen bearbeiten würde. Und: Er hatte sich kurz vor Veröffentlichung seiner Ergebnisse direkt an den Büroleiter von Innenminister Horst Seehofer (<https://www.nordkurier.de/themen/horst-seehofer>)(CSU) gewandt. In einer E-Mail vom 25. April erklärte er dem Ministerbüro, dass er tätig wurde, weil er in Sorge darüber sei, dass die negativen gesundheitlichen Aspekte des Lockdowns so beträchtlich seien, dass sie die kritische Infrastruktur beeinträchtigen könnten.

Seehofer ermunterte zur eigenen Meinung

Seehofer habe bei seiner Antrittsrede im Ministerium ausdrücklich dazu ermuntert, im Dienst auch Mut zu zeigen und eigene Meinungen und Widersprüche zu äußern. Wörtlich heißt es also in der Mail des kurz darauf kaltgestellten Beamten: „Bei mir ist über die letzten Wochen das Bedürfnis angewachsen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, da ich mit einem ernsten Anliegen auf anderem Wege nicht weiter gekommen bin. Ich hätte es verworfen, hätten Sie nicht in der gleichen Rede ausdrücklich dazu aufgerufen, Mut zu zeigen und in Aussicht gestellt, dass bei Ihnen niemand etwas zu befürchten hätte, der seine Meinung vertritt.“

Tja. Muss man dann aber wohl doch.

Alarmruf wurde ignoriert

Ein zweiter Punkt, der einen in dieser Angelegenheit stutzig macht: Über den Inhalt der Analyse wurde im Innenministerium kein weiteres Wort verloren, obwohl die alarmierenden Einschätzungen zu den negativen Folgen der Corona-Maßnahmen schon seit Tagen in verschiedenen Medien und auf zahlreichen Internetplattformen zirkulieren. Und obwohl sich die zehn Mediziner, die den Oberregierungsrat beraten hatten, öffentlich hinter den Beamten stellten und das Ministerium aufforderten, in einen Sachdialog einzutreten.

Leopoldina-Professor unterstützt Analyse

Zum Kreis der zehn Experten gehört Prof. Dr. Peter Schirmacher, Professor der Pathologie an der Uni Heidelberg, er ist auch Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, die die Bundesregierung auch in Corona-Fragen berät. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die rigiden Maßnahmen (<https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/demos-gegen-massnahmen-in-ganz-mv-0939325205.html>) mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Und genau so wenig wie seine Kollegen versteht er, warum ein Beamter, der „auf dem Boden umfassender fachlicher Expertise“ gearbeitet habe, ignoriert und sein Papier vernichtet werden soll.

Ausdrücklich wenden sich übrigens alle zehn Experten gegen eine Verharmlosung von Corona. Natürlich müsse man Risikogruppen schützen und Infektionen unterbinden, Erkrankte bestmöglich behandeln. Die staatlichen Maßnahmen zur Prävention dürften aber niemals schädlicher als die Erkrankung selbst sein.

Und genau darüber, so die beteiligten Wissenschaftler und Ärzte, müsse diskutiert werden.

Das aber könnte schwierig werden, denn womöglich gibt es im Innenministerium keine eigenen Analysen über die möglichen negativen Folgen der Corona-Maßnahmen (<https://www.nordkurier.de/nachrichten/ticker/seehofer-verlaengert-eingefuehrte-grenzkontrollen-0439269905.html>). Und wer keine eigenen Daten hat, kann sie in einer Diskussion nur schwer ins Feld führen.

Kaltgestellter Beamter bekommt Rückenwind

Eine entsprechende Nachfrage des Nordkurier beim Innenministerium, ob eine solche Gefährdungsbeurteilung vorliege und welche wesentlichen Daten sie enthalte, blieb auf jeden Fall bislang unbeantwortet. Und auch sonst hatte sich das Ministerium inhaltlich an keiner Stelle zu dem Vorgang geäußert.

Rückenwind bekommt der kaltgestellte Beamte übrigens nicht nur durch die zehn Wissenschaftler, sondern auch durch eine aktuelle Umfrage, die Professor Michael Schindler (Virologe an der Uni Tübingen) unter 178 Berufskollegen durchführte.

Kitas- und Schulschließungen sahen dabei nur weniger als fünf Prozent der Experten als eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen Corona an. 62 Prozent sprachen sich dafür aus, das öffentliche und wirtschaftliche Leben wieder umfassend herzustellen, genau so viele kritisierten, dass es zu wenig Fachdiskussion mit unterschiedlichen Positionen gebe.